

Ein Mindestlohn in Deutschland?

Die Große Koalition denkt darüber nach. Gustav Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung ist für einen Mindestlohn. Nur so lasse sich Armut verhindern.

Deutschland hat ein Lohnproblem. Seit mehr als zehn Jahren müssen die Arbeitnehmer mit stagnierenden oder gar sinkenden Löhnen und Gehältern auskommen. Die Unternehmensgewinne dagegen sind geradezu explodiert. Dies wäre akzeptabel, wenn diese Form der Umverteilung geholfen hätte, die Arbeitslosigkeit in Deutschland zu senken. Doch das ist nicht der Fall.

In allen anderen Ländern der Europäischen Währungsunion sind die Löhne in den vergangenen zehn Jahren zum Teil deutlich gestiegen. Auch dies wäre akzeptabel, wenn sich dadurch die Beschäftigung in Deutschland im internationalen Vergleich günstig entwickelt hätte. Doch auch das ist nicht der Fall.

Die Strategie, die Arbeitslosigkeit in Deutschland durch immer geringere Lohnkosten zu reduzieren, ist gescheitert. Dafür werden die Folgen dieser Strategie immer massiver spürbar. Die Armut in Deutschland nimmt zu, auch unter den Beschäftigten. Durch die ausbleibenden Einnahmen geraten die Sozialsysteme und die öffentlichen Haushalte immer mehr unter Druck.

Es ist daher an der Zeit, von einem Instrument Gebrauch zu machen, das in anderen Ländern Europas längst Realität ist: ein allgemeiner, gesetzlicher Mindestlohn.

In zahlreichen Industrieländern hat der Mindestlohn eine wichtige ökonomische Funktion. Er stärkt die strukturell schwächere Verhandlungsposition von Arbeitslosen gegenüber potenziellen Arbeitgebern. Wer händeringend einen Job sucht, ist tendenziell in der Situation, jeden Lohn akzeptieren zu müssen. Man denke aktuell in Deutschland nur an die verschärften Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitslose. Den Unternehmen geben sie die Möglichkeit, die Löhne weiter zu senken und die Gewinneinkommen dadurch noch mehr zu erhöhen.

Ein gesetzlicher Mindestlohn ist dabei umso notwendiger, je geringer die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften oder der Abdeckungsgrad von Tarifverträgen ist. Beides war in der Vergangenheit in Deutschland relativ hoch. Die Gewerkschaften strotzten vor Selbstvertrauen, die große Mehrheit der Unternehmen hielt sich an die Tarifverträge. In dieser Situation waren Mindestlöhne überflüssig, ihre Rolle wurde von den untersten Tariflöhnen übernommen.

Seit der deutschen Vereinigung und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit hat jedoch ein Erosionsprozess eingesetzt. Die Gewerkschaften haben an Macht verloren,

mehr und mehr Unternehmen entziehen sich der Bindung durch den Flächentarifvertrag. Dies erzwingt auch in Deutschland eine Debatte über einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

Nun wenden die Gegner einer solchen Lohnuntergrenze regelmäßig ein, dass es faktisch ja schon einen Mindestlohn in Deutschland gebe. Da das Arbeitslosengeld II (Alg II) auch für Nichtstun bezahlt werde, dürfte es wenigen Unternehmen gelingen, für einen Lohn unterhalb des Alg II Mitarbeiter zu finden. Diese Argumentation ist im Prinzip richtig, doch vergleicht man diesen inoffiziellen deutschen Mindestlohn mit den Mindestlöhnen der anderen Länder der Europäischen Währungsunion, so stellt man fest: Er liegt weit niedriger. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Lohndruck nach unten in Deutschland besonders stark ist, obwohl die Gewerkschaften in Deutschland im europäischen Vergleich so schwach gar nicht sind und obwohl auch die Arbeitslosigkeit nur wenig über dem Durchschnitt liegt. Eine untere Lohngrenze über dem Alg II ist in Deutschland nur noch mit einer gesetzlichen Flankierung zu halten.

Ein zweiter Einwand besagt, dass Mindestlöhne Arbeitsplätze vernichteten, insbesondere bei den Geringverdienern. Zahlreiche Studien zeigen allerdings, dass zwischen Mindestlöhnen und Beschäftigungsniveau kein eindeutiger Zusammenhang besteht. Oft wird der negativ wirkende Kosteneffekt mehr als ausgeglichen durch den Wachstumseffekt, den die höheren Einkommen der Geringverdienenden auslösen. Da diese Gruppe oft jahrelang auf weit verbreitete Konsumgüter (Urlaubsreisen, Kinobesuche, neue Möbel) verzichten musste, fließt jede Einkommenssteigerung meist vollständig in den privaten Verbrauch.

Bleibt noch die Frage, wie hoch der Mindestlohn in Deutschland sein sollte. Angesichts der hierzulande mangelnden Erfahrung mit Mindestlöhnen sollte man sich vorsichtig an ein Niveau herantasten. Ein pragmatischer Vorschlag ist, die untersten Tariflöhne der jeweiligen Branche und Region, das sind in Ostdeutschland teilweise Stundenlöhne von nur wenig mehr als 3 Euro, als Ausgangsbasis und die Mindestlöhne in Großbritannien, Frankreich oder den Beneluxstaaten, das sind Lohnsätze zwischen 7,40 und 8,70 Euro, als Ziel zu nehmen, das über einen vorab vereinbarten Anpassungspfad erreicht wird.

Mindestlöhne sind nach wie vor sicherlich kein ökonomisches Instrument erster Wahl. Allgemein verbindliche, branchenspezifische Tarifverträge wären sicherlich vorzuziehen. Die strukturellen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zulasten insbesondere von ohnehin schon gering Verdienenden erzwingen jedoch die Gabe einer Notfallmedizin, um ein Abgleiten breiter Bevölkerungskreise in wirtschaftliches und soziales Elend zu vermeiden.